

20.11.2012 / Thema / Seite 10

Annexion nach Völkermord

Geschichte. Vor 70 Jahren entstand das deutsche Aktionsprogramm zur Liquidierung der baltischen Staaten und Nationen

Martin Seckendorf

Am 17. November 1942 beendete der Raumordnungssachbearbeiter in der Behörde des Reichskommissars für das Ostland (RKO) im okkupierten Riga, Gottfried Müller, die Arbeit an der »Raumordnungsskizze zur Aufstellung eines Raumordnungsplanes für das Ostland«. Hinter dem sperrigen Namen verbarg sich, die, wie Müller betont, »wissenschaftlich« begründete Darstellung der deutschen Ziele gegenüber den baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen sowie der belorussischen Sowjetrepublik. Diese Gebiete waren zwischen Juni und September 1941 von der Wehrmacht besetzt worden. Die Eroberer faßten sie zum RKO zusammen, das dem von Alfred Rosenberg geleiteten Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unterstellt war (jW-Thema vom 20.4.2011).

Die Raumordnungsskizze ist die Zusammenfassung der innerhalb der deutschen Macht- und Einflußeliten seit dem Ersten Weltkrieg diskutierten Ziele im Baltikum. Die Ergebnisse von mehr als einem Jahr Okkupationspolitik im RKO, vor allem der mit rasender Geschwindigkeit und ungeheurer »Effizienz« über das »Ostland« hinwegfegenden Menschenvernichtung werden als neue Planungsgrößen für die zukünftige Politik eingesetzt. Insofern ist das Dokument die regionale Konkretisierung der gesamten »Ostraumplanung«. Außerdem berücksichtigt es die nach der Schlacht vor Moskau veränderte Lage. Dadurch ist die Studie wesentlich verbindlicher als ähnliche vorhergehende Dokumente und Richtlinie für die praktische Politik. Die Okkupationsbehörden sollten in der politischen Praxis immer auch die Endziele im Auge behalten. Das Dokument erfüllt die von Hitler nachdrücklich vertretene Forderung, alle Maßnahmen zur Beherrschung und Ausbeutung der sowjetischen Gebiete unbeirrt durchzuführen, aber »nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten«.

Doch zwei Tage nach dem Abschluß der Arbeiten an Müllers Generalplan, am 19. November, begann die Offensive der Roten Armee bei Stalingrad (siehe jW-Thema vom 19.11.2012). Der Sieg der Sowjetsoldaten in der Schlacht an der Wolga veränderte die Welt. Die mörderischen Pläne waren nur noch Makulatur.

Aus drei Gründen ist ein Blick auf diese Dokumente dennoch wichtig. Sie zeigen, was die Völker bei einem Sieg der Wehrmacht zu erwarten hatten und gewähren einen Blick auf das Wesen des Faschismus. Zum anderen glaubten die Nazis auch noch nach Stalingrad an einen Sieg. Die Pläne verschwanden nur vorübergehend in der Schublade. Nach einer wieder veränderten Kriegslage zu ihren Gunsten wollte man die alte Politik fortführen. Schließlich wurde das entscheidende Element der Planungen, die massenhafte Menschenvernichtung, in die Tat umgesetzt.

Müller geht davon aus, das Gebiet zwischen Gdansk und Leningrad werde auf ewig im

»großdeutschen Macht- und Einflußbereich liegen«. Das Baltikum sollte annektiert und in einen Teil des Nazireiches etwa wie Thüringen oder Ostpreußen umgewandelt werden. Damit spiegelt die Konzeption die über Jahrzehnte ungebrochene Kontinuität und den unerwartet breiten Konsens innerhalb der herrschenden Klassen wider. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg war die Verwirklichung dieser Ziele aufgeschoben worden.

Erst seit Anfang 1939, in der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf Polen und mit Blick auf einen Raubkrieg gegen die Sowjetunion, rückten die nun unabhängigen baltischen Staaten wieder in den Fokus deutscher Aggressionspolitik. Die Unterwerfung Polens werde auch eine günstige Ausgangslage für die Herrschaft über das Baltikum bringen, heißt es im Protokoll einer Besprechung der deutschen Führung am 23. Mai 1939. Damit hätte die Wehrmacht eine günstige Ausgangsstellung für einen Krieg gegen die UdSSR erreicht.

Auch in politisch-taktischer Hinsicht hatten die baltischen Staaten für die deutsche Führung vor dem Überfall auf Polen größere Bedeutung.

Baltische Sowjetrepubliken

Nachdem der Überfall seit dem 23. Mai 1939 beschlossene Sache war (siehe jW-Thema vom 23.5.2009), kam es für die deutsche Führung darauf an, eine sich abzeichnende Zusammenarbeit der Westmächte mit der Sowjetunion zu verhindern. Nach der Aggression Deutschlands gegen die Tschechoslowakei hatte die Sowjetunion intensiv darum geworben, den deutschen Faschismus durch ein System internationaler Zusammenarbeit von weiteren Aggressionsakten abzuhalten. Als die Gespräche aus sowjetischer Sicht wegen der Obstruktion der Westmächte zu scheitern drohten und die SU dem feindseligen, hochgerüsteten Deutschland allein gegenüberstand, signalisierte die Führung in Moskau den Deutschen die Bereitschaft zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages. Die Nazis gingen darauf ein, auch in der Hoffnung, damit ein Eingreifen der Westmächte bei dem bevorstehenden Krieg gegen Polen zu verhindern. Sie waren dafür sogar bereit, die baltischen Staaten dem Interessen- und Machtbereich der UdSSR zuzuordnen, sicher mit dem Hintergedanken, daß der Vertrag nur eine begrenzte Haltbarkeit habe.

Im Juni 1940 hatten die Deutschen im Westen einen Blitzsieg errungen. Die Wehrmacht schien unüberwindlich. Das Kräfteverhältnis in Europa war erheblich zugunsten des Nazireiches verändert (siehe jW-Thema vom 7.6.2010). Deutschland hatte den Rücken frei für eine »Weiterentwicklung im Osten«.

In den baltischen Republiken herrschten zu dieser Zeit faschistoide Systeme, die mit brutaler Gewalt gegen alle Linkskräfte vorgingen und nach sowjetischer Auffassung das Baltikum zu einer leichten Beute der Nazis machen konnten. Einflußreiche Politiker, hohe Offiziere und Beamte standen auf den Gehaltslisten deutscher Geheimdienste. Moskau intensivierte seine Einflußnahme auf die baltischen Staaten. Im Juni 1940 wurden sie als Sowjetrepubliken in den Verbund der UdSSR eingegliedert.

Die gegenwärtige offizielle Propaganda in Deutschland und in den baltischen NATO-Staaten suggeriert, hierbei sei nur sowjetischer Druck im Spiel gewesen. Die bisher noch spärlichen Forschungsergebnisse lassen den Schluß zu, daß die Einführung eines sozialistischen Regimes sowjetischer Prägung und der Anschluß an die UdSSR von starken Kräften der Arbeiterbewegung in den drei Republiken gefordert worden war. Die nach dem Ersten Weltkrieg starke linke Bewegung zur Errichtung eines sozialistischen Rätensystems im Baltikum war trotz brutaler Unterdrückung durch die reaktionären Regierungen noch lebendig. Rosenberg schrieb am 15.

März 1944 in einem Rückblick jenseits aller schon damals gängigen Propagandathesen von der Vergewaltigung der baltischen Staaten durch die UdSSR: »Die Einverleibung (der baltischen Republiken in die SU; M.S.) ist erfolgt durch aktive Beteiligung zumindest eines und ohne Gegenwehr eines anderen Teils der genannten Völker«.

»Säuberung« und »Umvolkung«

Im Zuge der Vorbereitungen des Überfalls auf die Sowjetunion (siehe jW-Thema vom 18.12.2010) wurden die Ziele gegenüber den baltischen Sowjetrepubliken ausformuliert. Die Staaten sollten als Völkerrechtssubjekte beseitigt werden. »Die ganzen Gebiete zwischen Narwa und Tilsit«, schrieb Rosenberg am 8. Mai 1941, seien »zu einem Teil des Großdeutschen Reiches umzuwandeln« (siehe jW-Thema vom 20.4.2011). Am 16. Juli 1941 präzisierte die Nazispitze auf einer Konferenz die Kriegsziele. Im Protokoll heißt es, »das gesamte Balten-Land müsse Reichsgebiet werden«. Selbst eine Scheinautonomie wurde abgelehnt. In einem Schriftstück der Abteilung Politik im RKO vom 10. Februar 1942 heißt es, die Balten »irren sich, die annehmen, nach dem Kriege (...) sich mit einer deutschen Schutzherrschaft, wie etwa die Slowakei, begnügen zu können«. Das gesamte Baltikum sei in ein »deutsches Land« umzuwandeln.

Vor der Annexion sollten die Länder »rassisch« und politisch »gesäubert« werden. Am 8. Mai 1941 dekretierte Rosenberg, der Annexion müsse die Germanisierung des Gebietes durch massenhafte Ansiedlung »germanischer Völker und durch Aussiedlung nicht erwünschter Elemente« vorausgehen. Die »Säuberung« sollte die Einwohnerzahlen drastisch reduzieren, um ausreichend »Raum« und attraktive Erwerbsstellen für die schnell zu erfolgende Ansiedlung »einer mengenmäßig bedeutsamen« deutschen Bevölkerung, wie Rosenberg am 2. April 1941 schrieb, zu schaffen. Die Abteilung IIk des RKO faßte in einem Schreiben vom 13. November 1941 die deutsche Konzeption in einem Satz zusammen: »Fest steht doch wohl die Tatsache, daß nach dem Kriege in größerer Zahl deutsche Volksgenossen im Ostland zur Ansiedlung kommen und, um den notwendigen Raum zu schaffen, rassisch unerwünschte und charakterlich minderwertige Elemente ausgesiedelt werden müssen.«

Zur Reduzierung der Einwohnerzahl wurde die Bevölkerung nach rassistischen und politischen Kriterien in eine Wertehierarchie eingestuft. Vor allem und zuerst sollten die »Träger der Sowjetordnung«, die »systemnahen« Menschen »verschwinden«. »Keine Schonung der Träger des bolschewistischen Systems« lautete der grundsätzliche Befehl. Dazu zählte man alle Mitglieder der Kommunistischen Partei, der Jugendorganisation Komsomol und der Gewerkschaften. Ebenso waren betroffen Angestellte des Staatsapparates im Baltikum vom Minister bis zur Kindergärtnerin, Mitarbeiter der Medien, Angehörige der Intelligenz, leitendes Wirtschaftspersonal und viele andere mehr. Hinzu kam, daß für die Heeresgruppe Nord, die den Oberbefehl im Baltikum ausübte, der Kommissarbefehl des Oberkommandos der Wehrmacht vom 6. Juni 1941 galt. »Politische Kommissare aller Art« waren sofort durch die »Truppe« zu töten oder den Mördereinheiten der SS zu übergeben. Das betraf nicht nur die so bezeichneten Offiziere der Roten Armee, sondern auch alle zivilen Funktionäre und leitenden Angestellten.

Zur untersten Gruppe rechnete man weiterhin alle rassisch unerwünschten »Elemente« - Juden, Roma und geistig Behinderte. Juden galten zudem als politisch gefährliche Bevölkerungsgruppe. Viele Juden waren in der Sowjetunion in leitenden Funktionen tätig. Das sei Beleg dafür, so die krude Naziideologie, daß Juden und Kommunisten eine symbiotische Verbindung eingegangen waren. Die Kommunistische Partei sei von Juden dominiert, und das »Ostjudentum« galt als biologische Grundlage des Bolschewismus. Die übergreifende Tötungsformel lautete dann auch, »Beseitigung jüdischen Bolschewismus«. Der Führer der SS-Einsatzgruppe A, Walter Stahlecker, schrieb am 6. August 1941: »Die im Ostland ansässigen (...) Juden« seien »maßgebliche Träger

der bolschewistischen Idee. Zahlreiche Juden waren ausgesprochene kommunistische Aktivisten.«

Die nächste Gruppe in der Wertehierarchie waren die im Baltikum lebenden Russen und Polen. Für sie war in dem Müllerschen Aktionsprogramm vom 17. November 1942 festgelegt worden, daß sie »nicht inmitten der Völker des Ostlandes wohnen bleiben« können. Auch diese etwa 800000 Menschen hatten »zu verschwinden«.

Nur zirka eine Million Esten, Letten und Litauer wollte man nach »rassischer« und politischer Prüfung »eindeutschen«. Sie hatten ihre Nationalität abzulegen und konnten zu Deutschen »umgevolkt« werden. Die restlichen vier bis fünf Millionen Bewohner des Baltikums galten als »nichteindeutschungsfähig«. Sie sollten in »großrussisches« Gebiet zwischen Leningrad und Moskau abgeschoben werden. Diese Region wäre - »nach Abschluß »der Kampfhandlungen relativ entvölkert« - wie Müller schreibt, menschenleer gemacht worden.

Gegen das eigene Volk

Die »eindeutschungsfähigen« Balten mußten, um Deutsche werden zu können, ihre Zuverlässigkeit im »Kampf gegen Bolschewismus und Polentum«, wie Müller schreibt, beweisen. Zunächst setzte man sie zur Menschenvernichtung im Baltikum, also vorwiegend gegen die eigenen Landsleute, ein. Bald schickte man sie auch nach Belorußland, in die Ukraine und in die Gebiete westlich von Moskau. Dort nahmen sie an großen, außerordentlich grausamen Mordaktionen gegen Juden und Slawen teil. Die Deutschen verfolgten zudem den Plan, zwischen den mehrheitlich von Slawen bewohnten Sowjetrepubliken und den baltischen Staaten unüberbrückbaren Haß zu säen.

Nach Stalingrad sollten die personellen Möglichkeiten der baltischen Länder stärker genutzt werden. Man plante die Aufstellung fronttauglicher Großverbände. Die Mannschaftsstärke der »landeseigenen« Mördereinheiten reichte dafür nicht aus. Auch die Propaganda zur Gewinnung von Freiwilligen verpuffte weitgehend. Die Deutschen befahlen den führenden Kollaborateuren, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen. Ihnen wurde unverbindlich versprochen, nach dem »Endsieg« über eine Autonomie der baltischen Länder in einem faschistischen Großreich zu verhandeln. Der Kommandeur des SS-Sicherheitsdienstes in Lettland, Rudolf Lange, offenbarte den Zynismus, der die Okkupanten bei den Versprechungen an die Kollaborateure leitete. Nach dem »Endsieg«, so Lange 1942, könne man die Versprechungen problemlos zurücknehmen.

Die jahrgangsweise aufgerufenen Balten wurden vor die Wahl gestellt, entweder Waffendienst oder Zwangsarbeit für die Deutschen zu leisten. Die als tauglich gemusterten Esten und Letten teilte man drei neuen deutschen SS-Divisionen zu, die gegen die Rote Armee, aber auch gegen Partisanen und die Zivilbevölkerung im rückwärtigen Gebiet eingesetzt wurden. In Litauen formierte man wegen des desaströsen Ergebnisses der Zwangsaushebungen (die Mehrzahl der Aufgerufenen erschien nicht zur Musterung und floh zu den Partisanen in die Wälder) keine SS-Division. Aus dem Personal wurden Polizeieinheiten aufgestellt, die Henkersdienste für die Okkupanten zu verrichten hatten.

360000 Tote

Die Kollaborateure in den bewaffnete Einheiten hatten großen Anteil daran, daß im Baltikum die Germanisierungspläne nicht nur theoretische Konstrukte blieben, sondern deren entscheidende Komponente, die »negative« Bevölkerungspolitik, verwirklicht wurde.

Mit Beginn des deutschen Überfalls raste eine ungeheure Tötungswelle über das Baltikum. Ab

dem 24. Juni 1941 wurden im litauischen Grenzstreifen Hunderte von »Juden und Kommunisten«, wie es hieß, ermordet. Ein Bericht listet für die Zeit bis zum 3. Juli die Erschießung von »insgesamt 1743 Personen« in diesem Gebiet auf. In einem Bericht der Einsatzgruppe A der SS heißt es, »zur Befriedung und Reinigung« des Baltikums seien in der Zeit vom 8. bis 31. August 1941 an neun Orten insgesamt 1591 Menschen erschossen worden. »Es handelte sich dabei regelmäßig«, so der Bericht, »um Juden, kommunistische Funktionäre, politische Kommissare, asoziale Elemente und kriminelle Verbrecher«. Spätere Dokumente faßten die Getöteten nur noch summarisch mit »Juden und Kommunisten« zusammen. Binnen sechs Monaten hatte allein die Einsatzgruppe A mehr als 183000 Menschen umgebracht. Die Berichterstatter fügen hinzu, daß außerdem noch »viele tausend« von anderen deutschen Dienststellen, einschließlich der Wehrmacht, getötet worden seien. Von der jüdischen Vorkriegsbevölkerung des Baltikums hatte nur ein Zehntel die ersten Monate der deutschen Besatzung überlebt. Eine Ausnahme bildete Estland. Wegen des erbitterten Widerstandes der Roten Armee dauerten die Kämpfe um diese Sowjetrepublik länger. Dadurch konnten sich viele Menschen, darunter 80 Prozent der estnischen Juden, in das nicht besetzte sowjetische Gebiet retten.

Die Bevölkerung des Baltikums wurde innerhalb eines halben Jahres um gut sechs Prozent, um etwa 360000 Menschen, verringert. Die Stadtbevölkerung sank sogar um etwa ein Drittel. Kleinere Städte hatten über die Hälfte ihrer Einwohner verloren. Das war für die deutschen Siedlungspläne von Bedeutung. In den kleineren städtischen Orten als technische Zentren in einem landwirtschaftlich geprägten Umland war es möglich und zur Steigerung der Agrarproduktion erforderlich, attraktive Erwerbsstellen für »germanische« Siedler zu schaffen, z.B. im Handwerk, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte usw. Die meisten der begehrten Stellen waren in jüdischer Hand gewesen.

Für die Bevölkerung wurde schnell deutlich, daß die Vernichtung aller Juden und jener Menschen, die man kommunistischer Tätigkeit oder Gesinnung verdächtigte, nur den Auftakt zur bevölkerungspolitischen »Endlösung« darstellte. Die nahtlose Weiterführung des Verdrängungs- und Vernichtungsprozesses, nun gegen Polen, Russen und alle aus »rassischen« und politischen Gründen »nicht eindeutschungsfähige« Balten wurde durch den Sieg der Roten Armee vor Moskau gestoppt. Das Blitzkriegskonzept der Wehrmacht war gescheitert. Der Krieg würde länger dauern und erheblich größere Ressourcen verschlingen.

Die in Erwartung eines bald einsetzenden Siedlerstroms mit rasender Geschwindigkeit erfolgten Massentötungen hatten jedoch, wie Müller in seinem Aktionsplan von 1942 schrieb, »eine schwer zu behebende Menschenlücke gerissen«. Nun wurden auch die »rassisch minderwertigen« Arbeitskräfte dringend gebraucht und nicht mehr wie bis dahin getötet. Vorübergehend sollten nur noch die »unnützen Esser« - Alte, Kranke, Kinder - und die »offen feindseligen« Aktivisten ermordet werden. Die »rassische« Endlösung war wegen der Kriegslage vorübergehend ausgesetzt worden. Außerdem erfolgte die gewünschte Reduzierung der Einwohnerzahl auch dadurch, daß wegen der nach der Schlacht vor Moskau verstärkten ökonomischen Ausbeutung im Baltikum massenhaft Mangelkrankungen und Unterernährung mit tödlichem Ausgang auftraten. In Estland stieg die Kindersterblichkeit auf das Achtfache der Vorkriegszeit. Erst die Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedeutete das Aus für die mörderische Planung.

Glorifizierung der Kollaborateure

Diese für die Völker im Baltikum existentiell wichtigen Zusammenhänge werden in der Gedenk- und Geschichtspolitik der heute tonangebenden Macht- und Einflußeliten in den baltischen Staaten fast vollständig ausgeblendet. Die Befreiung des Baltikums 1944/45 durch die Rote

Armee, die dafür entsetzlich große Opfer bringen mußte, wird als Beginn der »zweiten sowjetischen Okkupation« (der Anschluß der Baltenrepubliken an die UdSSR im Juni 1940 gilt als »erste Okkupation«) diskreditiert. Sowjetmacht und Faschismus werden gleichgesetzt, die Kollaborateure glorifiziert. In Tallinn gibt es ein riesiges Monument zum Gedenken an die 20. SS-Division, die aus estnischem Personal unter deutscher Führung bestand. Bei Kranzniederlegungen stellt die estnische NATO-Armee die Ehrenwache. Die SS-Angehörigen sollen offiziell den Rang von Freiheitskämpfern erhalten. Dabei ist gerade in Estland die Ehrung der Kollaborateure als Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit besonders heuchlerisch. Am 19. November 1941 informierte die SS die Nazispitze darüber, daß eine größere Gruppe von Kollaborateuren den Plan verfolge, Estland zu einem Teil des Deutschen Reiches zu machen und die »eindeutschungsfähigen« Esten »umzuvolken«, also zu Deutschen zu machen.

Die Glorifizierung der Kollaborateure ist den heutigen Machthabern im Baltikum innenpolitisch zur Systemstabilisierung offensichtlich so wichtig, daß sie (mit der NATO im Rücken) eine dramatische Verschlechterung des Verhältnisses zu dem russischen Nachbarn in Kauf nehmen.

Nur wenige der deutschen Dienstherrn, Auftraggeber und Anstifter der baltischen Kollaborateure mußten sich nach 1945 vor Gericht verantworten. Viele setzten ihre Karriere bruchlos fort. So etwa der Autor des Aktionsplanes vom 17. November 1941, Gottfried Müller. Er war nach 1949 einer der einflußreichsten Raumordnungsspezialisten im Staatsdienst der Bundesrepublik. Sein Vorgesetzter, Werner Essen, Abteilungsleiter II Raum im RKO war nach 1945 hoher Beamter im Bundesvertriebenenministerium.

Dr. Martin Seckendorf ist Historiker und Mitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. Weitere Beiträge unseres Autors finden sich in der jW-Broschüre »»Barbarossa«. Raubkrieg im Osten« (2. Aufl. Berlin 2011, 5,80 Euro, im jW-Shop erhältlich)